

Humbug á la FDP

Zum Antrag der FDP für eine Bundesratsinitiative für ein "Flughafen-Lübeck-Gesetz" erklärt der wirtschaftspolitische Sprecher von Bündnis 90/Die Grünen, **Klaus Müller**:

Es zeigt sich immer erst in konkreten Einzelfall, was Bürger- und Beteiligungsrechte einer Partei wirklich wert sind: In Konfliktfällen verzichtet die FDP auf ein ordentliches und faires Beteiligungsverfahren und will lieber Großprojekte durchpauken.

Abgesehen von unserer politischen Ablehnung haben wir erhebliche Zweifel, ob angesichts der vor kurzem in der EU eingeführten umfangreichen Beteiligungs- und Klagerechte für BürgerInnen und Umweltverbände, ein solches Gesetz mit deutschem und EU-Recht kompatibel wäre. Einfach einen Gesetzesentwurf aus dem Jahr 1993 zu übertragen, ist zu oberflächlich.

Angesichts der weiteren juristischen Niederlage der Flughafengesellschaft vor dem OVG gegen die Auflagen im Planfeststellungsbeschluss zum Schutze des Kranichs, sollte jedem – gerade einer vermeintlich liberalen Partei – deutlich werden, dass die rücksichtslose Rabulistik der vergangenen Wochen niemand – noch nicht einmal dem Flughafen – nützt.
